

## Anwaltsgesetz

Änderung vom 16. Juni 2010

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010

beschliesst:

### I.

Das Anwaltsgesetz vom 14. Februar 2006 wird wie folgt geändert:

#### **Art. 6 Abs. 2 lit. c**

<sup>2</sup> Insbesondere hat sie folgende Aufgaben:

- c) Sie entscheidet über die Zulassung zur Anwaltsprüfung, führt die Anwaltsprüfungen durch, erteilt das Anwaltspatent und die Praktikumsbewilligung und entscheidet über den Entzug des Anwaltspatents;

#### **Art. 10 lit. a**

Die Aufsichtskommission lässt Personen zur Prüfung zu, welche

- a) das schweizerische Bürgerrecht besitzen oder rechtmässig in der Schweiz wohnen und berechtigt sind, selbstständig erwerbstätig zu sein;

#### **Art. 11a**

<sup>1</sup> Die Aufsichtskommission entzieht das Anwaltspatent, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung nicht mehr gegeben sind. Entzug

<sup>2</sup> Soll es wegen Verletzung von Berufsregeln entzogen werden, muss in der Regel eine andere Disziplinar massnahme vorangegangen sein.

<sup>3</sup> Der Eintrag ins kantonale Anwaltsregister ist nicht Voraussetzung für einen Patententzug.

#### **Art. 13 Abs. 1**

<sup>1</sup> Für Anwältinnen und Anwälte gelten hinsichtlich der anwaltlichen Tätigkeit unabhängig von ihrer Eintragung im Anwaltsregister die Bestimmungen des BGFA über die Berufsregeln und das Berufsgeheimnis. Sie unterstehen ebenfalls unabhängig von ihrer Eintragung der Aufsicht und der

Disziplinargewalt der Aufsichtskommission; die Disziplinarmassnahmen finden sinngemäss Anwendung.

**Art. 18 Abs. 3**

<sup>3</sup> Bei völlig unbegründeten Anzeigen können die Verfahrenskosten der Anzeigerstatterin oder dem Anzeigerstatter auferlegt werden.

**II.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt das Inkrafttreten dieser Teilrevision.